

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtabonnentenmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Schiller Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon Nr. 2508.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die erlopliche
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 25. Mai 1918.

22. Jahrgang.

Warum so aufgeregt?

Kürzlich brachte die „Steinseherzeitung“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Verteuerung der schwedischen Pflastersteine.“ Im „Steinarbeiter“ fehlen wir dann auseinander, daß es den deutschen Pflastersteinmachern absolut nichts verschlägt, wenn die Schweden mit ihren Preisen in die Höhe gingen. Wahrscheinlich haben die Schweden auch einige Gründe, wenn sie nun höhere Preise fordern, denn auch dort dürften die Löhne gestiegen sein. Die übrigen Anlässe sind sicherlich auch in die Höhe gegangen. Wer offen gestanden, das kann uns in Deutschland sehr wenig verschlagen, und wir waren darüber erstaunt, daß die „Steinseherzeitung“ über die Maßnahmen der Pflastersteinverteuerung durch die Schweden so beunruhigt ist. Nun polemisiert die „Steinseherzeitung“ gegen unsere Darstellung und verwechselt dabei vollständig in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Begriffe. Von logischer Darstellung ist im Artikel nichts zu finden, dabei werden Momente angeführt, die mit der Verteuerung der Pflastersteine durch die Schweden absolut nichts zu tun haben.

Die „Steinseherzeitung“ schreibt u. a.:

„Es ist schon — unserer volkswirtschaftlichen Auffassung nach — eine etwas lächerliche Behauptung, daß es den deutschen Steinarbeitern „gar nichts verschlagen“ soll, wenn die Schweden die Preise ihrer Pflastersteine erhöhen. Man braucht von den Gesetzen des Wirtschaftens wirklich nicht viel zu verstehen, um doch begreifen zu können, daß jede Preissteigerung des fremden Wettbewerbes den einheimischen Wettbewerb erleichtert. Würden die Schweden ihre Pflastersteinepreise nicht erhöhen, so könnten die Werke eines deutschen Pflastersteingewerkes später sagen: „Die deutsche Steinindustrie hat unter den Wirkungen des Krieges ihre Produktionskosten steigern müssen, die schwedische nicht — folglich habe die deutsche Steinindustrie auch aus diesem Grunde Anspruch auf einen Zollschutz.“ Wenn sie so argumentierte, könnte man ihr ein Recht dazu nicht absprechen. Der „Steinarbeiter“ hat hier, unserer Auffassung nach, zuviel bemessen wollen und hat deshalb gänzlich daneben getroffen. Sodann führt der „Steinarbeiter“ wieder, wie in letzter Zeit schon häufig, Städte wie Bremen, Hamburg, Kiel usw. an, die bei Pflastersteinlieferungen stets die Schweden bevorzugt haben, „nur“ weil sie die Billigsten waren. Aus der veränderten Stellungnahme des „Steinarbeiter“ läßt sich nicht ohne weiteres schließen, ob er nunmehr aus Prinzip ins schützende Lager abgedrängt ist, wie übrigens Schippel vermutet, oder ob es sich für ihn nur um eine Frage der Zweckmäßigkeit handelt. Wir vermuten das letztere und schließen das aus der Eingabe des Steinarbeiterverbandes an die bayerische Regierung in Sachen der österreichischen Steingölle. Wer Schutzgölle grundsätzlich fordert, kann Zollrückstellungen für die Ausfuhr seiner eigenen Erzeugnisse in andere Länder nicht fordern. Der „Steinarbeiter“ ist außerdem auch dafür, daß rohe Steinblöcke aus Schweden, die in Deutschland einem Veredelungsverfahren unterworfen und dann zum großen Teile wieder ausgeführt werden, weiterhin zollfrei eingehen. Wenn wir das hier anführen, so geschieht es, um dem „Steinarbeiter“ seine eigene widersprüchliche Haltung in der Frage des schwedischen Pflastersteingölles vor Augen zu führen, die darin besteht, daß er sich darüber aufregt, daß die deutschen Kalksteinblöcke schwedisches Stammmaterial bezogen — er steht nämlich nicht an, von Oesterreich ähnliches zugunsten der deutschen Steinindustrie zu beanspruchen, indem er wünscht, daß das an die Donau grenzende Gebiet der deutschen Steinausfuhr freigegeben wird. Man denke: An der Donau liegen die beiden Hauptstädte der österreichisch-ungarischen Monarchie, die doch ganz genau aus Schutt- und Aschegebieten der Steinindustrie des eigenen Landes sind! Wer also selbst für sich so weitgehende Forderungen stellt, der hat doch kein Recht, sich darüber zu entrichten, daß die deutschen Kalksteinblöcke von den Vorteilen, die ihnen durch den zollfreien Bezug der schwedischen Pflastersteine erwachsen, Gebrauch machen. Wenn diese das nicht tun sollen: Wer soll es denn tun? — Der „Steinarbeiter“ kann sich demnach eine zollfreie Einfuhr nur so vorstellen, daß keiner davon Gebrauch macht.

Wenn nun die schwedischen Pflastersteine eine wesentliche Verteuerung erfahren — und das werden sie, wie wir dargelegt haben —, so tritt hier eine Veränderung zugunsten der deutschen Steinindustrie ein, weil der Transportkosten während des Krieges noch eine nicht unbedeutende Verbilligung erfahren hat — es muß allerdings dafür gesorgt werden, daß möglichst schon beim Friedensschluß die deutsche Steinindustrie in der Lage ist, den Bedarf an Pflastersteinen decken zu können. Das gerade war aber der Zweck unseres Artikels; das ist weiter auch der ausgesprochene Zweck unseres Zusammenarbeitens mit den Unternehmern des Steinsehergewerbes — und den Organisationen der Steinindustrie, einschließlich des Steinarbeiterverbandes! — Und gerade diesen Zweck zu vereiteln ist der mögliche Erfolg des Artikels im „Steinarbeiter“.

Wenn nun aber der „Steinarbeiter“, das Organ desselben Steinarbeiterverbandes, schreibt:

„Dann aber glauben wir gar nicht daran, daß nach Kriegsende die Stadtverwaltungen gleich große Steinlieferungen ausführen ...“

— und wenn er weiter schreibt, daß

„auch jetzt die Steinindustrie größere Aufträge ausführen könnte ...“

so ist das doch nichts anderes, als eine glatte und unterhüllte Abstreitung der Tatsache, die wir in unserer gemeinsamen Eingabe an die Behörden zur Begründung unseres Gesuches anführen — eine Widerlegung der Eingabe, der der Vorstand des Steinarbeiterverbandes sich anzuschließen bereit erklärt hat! Bis heute hat der Vorstand des Steinarbeiterverbandes auch nicht erklärt, daß er seine Zusage zurückzieht.

Demgegenüber hätten wir folgenden zu bemerken:

1. Die „Steinseherzeitung“ hat noch nie ein Wort darüber geschrieben, daß die Städte Norddeutschlands mit Vorliebe, weil eben Zollfreiheit bei der Pflastersteinzufuhr besteht, die schwedischen Steine stets und ständig bezogen. Für jene Städte, wir haben sie schon öfters genannt, existierten überhaupt keine deutschen Steinarbeiter. Großberlin stellt sich seit jeher auf

den Standpunkt: Nun es besteht Zollfreiheit, somit nützen wir den billigen Wassertransport aus Schweden aus. Die „Steinseherzeitung“ muß die deutschen Steinarbeiter für forderbar nicht halten, wenn wir diesen Humpen noch weiterhin ansehen sollen. Warum verliert das Blatt kein Wort darüber, daß es nicht an der Ordnung sein kann, wenn beispielsweise Berlin zu 95 Prozent schwedischer Steine verbraucht und Tausende von Granitarbeitern in Schlesien und in der Lausitz zu sehen müssen, wie die Qualitätslieferungen nach Norden gehen, eben nur deshalb, weil zollfreie Einfuhr besteht, und die norddeutschen Städte in der gewissenlosesten Weise auf die Bedürfnisse der deutschen Steinindustrie pfeifen. Wir sagen nun den Stadtverwaltungen, weil Ihr auf die Wünsche der Steinarbeiter nun gar nicht Rücksicht genommen habt, deshalb muß unser Standpunkt gegenüber früher einer Revision unterzogen werden. Die „Steinseherzeitung“ ist sehr um den Geldbeutel der Städte Bremen, Hamburg, Berlin usw. bedacht, denn ihr scheint es recht zu sein, weil die Schweden pro Quadratmeter um 1 Mark billiger bei den Pflastersteinlieferungen sein können, daß deshalb die Aufträge nach Schweden gehen müssen. Nein, es kommt auch der deutsche Produzentensstandpunkt in Betracht, in diesem Falle also die großen Interessen der Steinarbeiter.

2. Die „Steinseherzeitung“ hält sich darüber auf, daß wir dafür eingetreten seien, daß Oesterreich-Ungarn seine unerhöht hohen Einfuhrzölle gegenüber deutschen Werksteinen herabsetzen soll. Die Oesterreicher verlangen nämlich für eine 200-Zentner-Ladung profilierter Treppentritten netto 880 Mark Zoll. Der Gesamtwert einer Eisenbahnladung Stufen stellt sich auf 900 Mark. Der Zoll beträgt somit rund 70 Prozent des Wertes. Also, die „Steinseherzeitung“ ist der Meinung, gegen jene hohen Zölle dürften wir nichts unternehmen, aber wir haben gegenüber Oesterreich-Ungarn die Zollfreiheit gar nicht verlangt, sondern wir stellen uns auf den Vernunftstandpunkt, daß ein Zollfuß, der durch nichts gerechtfertigt ist, in ausgleichende Grenzen gebracht wird. Ein Zollfuß von 70 Prozent ist doch ein Unbiling. Gegen diesen Auswuchs haben wir uns gewandt, aber das dürfen ja die Steinseher selbst nicht erfahren. Gätte nämlich jenes Blatt hervorgehoben, daß solche Zollfüße jegliche Ausfuhr verbieten, dann hätte ja die „Steinseherzeitung“ einen Grund weniger gehabt, gegen uns zu polemisieren.

3. Jene, die wir haben uns dafür eingesetzt, daß zu Veredelungsgegenständen Möhrgranit aus Skandinavien nun jezt ab wieder eingeführt werden darf. Wegen des schlechten Standes der Valuta wurde die Einfuhr verboten, und wir nehmen an, daß unser Vorgehen nicht umsonst war. Die „Steinseherzeitung“ hat somit gegen die Einfuhr der bearbeiteten Granite nichts einzutenden, dagegen regt sich das Blatt auf, weil wir die Einfuhr der bunten Granitarten im rohen Zustande unterziehen. Der Unterschied ist nur der: die zollfreie Einfuhr von Pflastersteinen schädigt die Steinarbeiter ganz erheblich, die Einfuhr der Möhrgranite liegt im Interesse der Säleisereien. Und in Wirklichkeit liegen die Dinge so: die Schweden sind herzlich froh, wenn sie ihren Möhrgranit los bekommen, denn unsere steinmechanische Bearbeitung wurde bisher in keinem anderen Lande erreicht.

4. Die „Steinseherzeitung“ meint, durch unsere erste Erwiderung könnte entstehen, daß die militärischen Stellen nun keine Pflastersteinarbeiter entlassen in der Zeit der Übergangswirtschaft, weil ja im „Steinarbeiter“ stand, die Städte halten mit den Steinlieferungen zurück. Wir müssen allerdings konstatieren, daß eine Reihe von Stadtverwaltungen absolut keine Steinlieferungen ausführen mit der Begründung: es mangelt an finanziellen Mitteln. Dann, als wir in der 3. Feuerungszulagenbewegung standen, mußten wir folgende Erklärung machen: Die Steinlieferanten wandten sich an die Städte und sonstige staatliche Behörden und verlangten, daß ihnen die Mehrausgaben ersetzt würden, wie es im Bauwesen tatächlich geschah. In einem einzigen Steinbruchbezirk gingen 38 Schreiben ein, daß die Behörden die weitere Anlieferung von Pflastersteinen sofort absetzen würden, wenn höhere Preise zur Verrechnung kämen. Vielleicht begreift nun die „Steinseherzeitung“, daß wir als Produzenten kein Interesse daran haben, daß die zollfreie Pflastersteinzufuhr so aufgefakt werden kann, daß Städte, wie Berlin, Kiel, Spremberg, Wilhelmshafen usw. mit vielen staatlichen Werken, Werksanlagen und dergleichen, nun bei ihrem Steinbedarf die deutsche Steinindustrie vollständig ignorieren. Und soweit die Entlassung von Steinarbeitern in Frage kommt, sei doch bemerkt, daß unser Vorgehen schon deshalb nicht unberücksichtigt bleiben dürfte, weil doch zur Verbilligung der Bauarbeiten folgende Gruppen in Frage kommen: Arbeiter für die Kalksteinbrüche, Arbeiter für die Zementwerke, Steinmehrer für Werksteine und einfachere Pararbeiten, Brecher für alle Gesteinsarten. Wir haben im Gegenzug zur „Steinseherzeitung“ scharf hervorgerufen, daß wir nicht daran glauben, daß die Stadtverwaltungen nun gleich große Summen für Straßenbauten ausgeben, dieser Meinung sind wir auch heute noch.

Im übrigen ergibt sich doch ohne weiteres, daß auch die Preise für deutsche Gesteinsprodukte bedeutend steigen werden. Sicherlich haben die kriegführenden Länder in Zukunft ganz andere Lagen zu tragen, als wie die sogenannten Neutralen. Der deutsche Steinarbeiter wäre ja doppelt geschädigt, wenn in Zukunft die zollfreie Einfuhr aus den nordischen Staaten nicht zurückgedrängt werden könnte. Die „Steinseherzeitung“ darf davon überzeugt sein, daß die Steinarbeiter sicherlich ganz gewichtige Gründe haben, wenn sie den früheren Standpunkt nicht mehr vertreten.

Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der gefühligen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg, steht deshalb heute vor öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnunasefeld beruht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegen-

heiten, sondern in der fittlichwidrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 25 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen offenkundigen Mißständen: wie Schlafgängerumwesen, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw. werden in der privatrechtlichen Ausbeutung und Ueberwertung des Baugrundes und der Wohngebäude, sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauweisen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen: daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungsgeetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gefühligen Faktoren wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden hier tatächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorfindlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Häuserpekulation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erschließung von Baustraßen und Darlehen von billigen Baugeldern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelleistungen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notwendige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinlieferungen und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Etagegebäude zuzulassen. Nicht das Etagegebäude an sich mit seinem Treppentritten, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraumes und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestattet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreilagen- oder Dreitreppenhaus immer seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten, wird das Etagehaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszuschließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefährlich auf alle Fälle, auch als Nothelfer zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhenbewohner“ endlich vorüber ist. Zu den bekannten Mißständen des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Belagern für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem liegt auch Mißsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gefehlich zurückzuführen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde.

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusionären Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon vorausgesehen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neuerrichtet, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubaulätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5 72 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesehen werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgelassenen Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuer. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Betrag an Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Verdrängersträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Prozent. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftighin gesundheitslich und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wird der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfes hin. Hierzu ist auch von Interesse wie sich der Kriegsminister v. Hellendorff zu dieser Frage äußerte: er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Reichsbauten und Reichsstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Reichsbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Kasernen eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unrentabel wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsmitteln nach dem Krieg zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden letzten Minister waren offen und ziemlich deutlich.

Wenn demnach von Seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterständen usw.

nicht gemessen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann...

Sehr wertvolle Paragrafen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungskrise und die Aufgaben der Hebergangswirtschaft“...

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Friedensvertrag mit Rumänien. — Das Petroleumabkommen. — Wiederaufnahme des rumänischen Schuldendienstes.

In dem Friedensvertrage mit Rumänien bilden die Petroleumverträge den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Abkommens.

Die rumänische Regierung hat sich dazu verstehen müssen, das Recht zur Ausnutzung für die Gewinnung von Petroleum und ähnlichen Produkten an den gesamten rumänischen Staatsländereien...

Das der Deländereien-Pachtgesellschaft zugesicherte Ausnahmsrecht erlischt sich auf neunzig Jahre, und zwar hat die Gesellschaft bis zum Ablauf des 25. und des 55. Jahres das Recht...

Die Wiederaufnahme des rumänischen Schuldendienstes ist in Artikel 15 des rechtskräftigen Vertrages zum deutsch-rumänischen Friedensvertrage geregelt.

Berlin, 22. Mai 1918.

Julius Kaliski.

Blüten des Ueberradikalismus.

Wie die Unmöglichkeit bei den Ueberradikalen besteht, daß es sich um eine Umwertung der Revolution...

dem jedem Referenten am Ende der Debatte gewährt wird, wurde dem Verbandsvorstande verweigert.

Interessante Feststellung.

Der Proletarier, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, berichtet im Leitartikel der Nr. 20, über den Stand des Verbandes im Jahre 1917.

Wir hatten am Schlusse des Jahres 1916 eine Mitgliederzahl von 80 545; dagegen konnten wir am Schlusse des Berichtsjahres 1917 eine Gesamtmitgliederzahl von 110 584 aufweisen.

Die letzte Feststellung die wir völlig unterschreiben, verdient für die Zukunft festgehalten zu werden.

Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen nehmen nur bei solchen Unternehmern Arbeit, welche die ordnungsgemäßen Teuerungszulagen bezahlen.

Korrespondenzen.

Bunzlau. Am 1. Mai wurde im Kampf um den Keimelberg unter Kollege Rudolf Richter durch Kopfschuß schwer verwundet und erlag am 3. Mai seiner Verwundung.

Ciegnitz. In den beiden Granitbetrieben M. Schnabel und B. Merkel ist die Akkordarbeit für Schiefer vorläufig ganz abgeschafft.

Ostsch. Wir kommen mit unserer Teuerungszulagenbewegung nicht recht zum Ziele. Das liegt aber an der Hartnäckigkeit des Herrn Unternehmers Krage aus Görlitz.

Rundschau.

Die Antikampanien-Gesellschaft Grimma hat den Antrag, die Steinarbeiter des dortigen Bezirkes als Schwerstarbeiter anzuerkennen...

Die Ausgrabung einer Römerstadt in der Dobrußja. Auf den Schlachtfeldern der Dobrußja sah sich der Kunde an vielen Stellen an das flüchtige Altertum gemahnt.

Joseph II. sagte über Angriffe auf seine Person in der Presse: „Wer mich und meine Handlungen tadelt, zeigt die gute Absicht, mich zu belehren und besser zu machen.“

Adressenänderung.

Kappelrodt. Borj. und Kass.: Johann Gehr, Schmied in Kappelrodt.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Dieser Steinarbeiterverband liegt ein wichtiger Fragebogen bei. Die Zahlstellenordnungen werden um korrekte Ausfüllung deselben ersucht.

Die Statistikarien in den Mitgliedsbüchern werden teilweise gar nicht oder sehr schlecht ausgefüllt.

Die Ortsverwaltungen müssen für eine pünktliche Einlegung der Beiträge Sorge tragen.

Die Teuerungszulagenbewegung brachte uns ganz ungewohnte Erfolge, die Zahlstellen haben die Verpflichtung, dieses auch agitatorisch auszunutzen.

Die vom Heere entlassenen Kollegen, sehr häufig auch „Reklamierler“, haben mitunter kein Interesse, sich wieder dem Verbandsangehörigen.

Anzeigen.

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweise über Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht bringen.

Suche zum baldigen Antritt einen tüchtigen

Steinmehlen.

Verheiratete und Militärsoldaten bevorzugt. Zur Verarbeitung gelangt nur Kunststein.

Eine Steinbruch - Unternehmung in Nordungarn.

10 Kilometer von der Bahnstation, welche Sandsteine von bekannter Marke liefert, Quadern, Stufen, Schleifsteine etc.

Steinmehlen.

in grauen Granit, s. s. Granit, Sandstein und Muschelkalk für gespitzte und gestockte Arbeiten stellt für dauernd ein.

Bildhauer u. Steinmehlen.

für Kunststeinarbeiten und Denkmäler stellt sofort für dauernd ein.

Im Felde gefallen.

- find nachstehende Kollegen: August Fritsch, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle Söbejn.

Ehre ihrem Andenken!

(Wie ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Mitteilung über die im Felde Gefallenen das Todesanmeldungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlangend werden.)

In Leipzig am 11. Mai der Sandsteinmeißler Theodor Pfeifer, 49 Jahre alt, an Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staubinger, Verlag Paul Starke, beide in Leipzig. Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.